



Blickpunkt

ZsB
1044
3.5.01
ZB MED

Gesundheit und

ZB MED

Der aktuelle gesundheitspolitische Newsletter

Krankenkassen-Wettbewerb

Landesminister besorgt: „Etikettenschwindel“

Scharfe Kritik an der angekündigten Expansion der Betriebskrankenkasse der Knoll AG zur BKK Pfalz übt der rheinland-pfälzische Sozialminister Florian Gerster.

Bei diesem Vorgang handele es sich um den „eindeutigen Beweis“, daß es im Wettbewerb der Krankenkassen nicht gerecht zugehe. Hier löse sich erneut eine Betriebskrankenkasse von ihrem bisherigen Trägerunternehmen, um mit überaus günstigen Bedingungen in den Wettbewerb zu Lasten anderer Kassen einzutreten.

Der SPD-Politiker hält es für inakzeptabel, daß Betriebskrankenkassen wie die BKK Knoll AG mit einem Etikettenschwindel möglichst viele für sie interessante Mitglieder anwerben. Das Beispiel mache deutlich, wie dringend notwendig eine Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung sei. Bis dahin dürften Betriebskrankenkassen weder neu gegründet noch geöffnet werden. Es müsse verhindert werden, daß neue Kassen junge, gesunde Versicherte aquirierten und mit ihren niedrigen Beitragssätzen einem fairen Wettbe-

werb zwischen den Krankenkassen im Wege stünden. Der Minister kündigte für die nächste Gesundheitsministerkonferenz eine entsprechende Initiative der Mainzer Landesregierung an.

Mit Unverständnis reagierten unterdessen die AOK Niedersachsen und der Verband der Angestellten-Krankenkassen auf den Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion, für die Angestellten und Arbeiter im Landesdienst eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen. Heinz Landig, Vorstandsvorsitzender der niedersächsischen Gesundheitskasse, sprach von einem einmaligen Vorgang, der eine Kassenart einseitig bevorzuge. Der Vorstoß leiste der Entsolidarisierung in der gesetzlichen Krankenversicherung weiteren Auftrieb.

Apotheker

Einkommen kräftig gestiegen

Die deutschen Apotheker verdienen wieder so gut wie seit acht Jahren nicht mehr. Das belegen Zahlen der eigenen Ständesvertretung. Vor Steuern, so die Statistiker der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, erhöhte sich das durchschnittliche Einkom-

men im vergangenen Jahr auf 137 000 Mark. Für 1998 lag dieser Wert noch bei 128 000 Mark. Der Bruttoumsatz einer Apotheke legte danach im Durchschnitt um 75 000 Mark auf 1,875 Millionen Mark zu. Die Umsatzrendite habe sich um 0,3 Prozent erhöht.

Sozialdemokraten

Neue Töne des Parteichefs

Für Verblüffung sorgen neue gesundheitspolitische Thesen des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder. Nach Ansicht des Bundeskanzlers ist ein Gesundheitswesen „ohne finanziel-

le, geistige und buchstäblich körperliche Eigenbeteiligung der Versicherten“ nicht mehr vorstellbar. Die Gesellschaft stehe vor der Frage, so der Parteichef in einem Aufsatz, welche Medizin sie zu welchen Kosten vorhalten könne. Von jahrzehntealten Ideen müsse die Sozialdemokratie Abschied nehmen.

Bündnis für Arbeit

Konkretes rar

Die im Bündnis für Arbeit eingesetzte Arbeitsgruppe „Reform der gesetzlichen Krankenversicherung“ berät derzeit darüber, wie Strukturveränderungen im Gesundheitswesen beschäftigungspolitisch abgedeckt werden können. Darüber informierte Staatssekretär Erwin Jordan vom Bundesgesundheitsministerium jetzt die CDU-Opposition. Konkrete Ergebnisse konnte der Beamte, er leitet die Arbeitsgruppe, aber nicht nennen. Bei früheren Zusammenkünften hätten sich die Teilnehmer darauf verständigt, daß die Wirtschaftsreserven im Gesundheitswesen unbedingt erschlossen werden müßten.

Inhalt

Union verweigert sich Konsensgesprächen..... 2

Intransparenz fördert Betrug und Mißbrauch.....2

Streit um Kassenlage der Pflegeversicherung.....2

GKV künftig privatisiert?.....3

AOK-Aktuell: Ärztliche Betreuung für Schwerstkranken - Stabile Beiträge - Pilotprojekt zur Telearbeit - Positives Jahresergebnis - Personalien.....4

Häusliche Pflege

Richtlinien sind notwendig

Der AOK-Bundesverband hält Kritik an den neuen Richtlinien des Bundesausschusses Ärzte und Krankenkassen zur häuslichen Pflege nicht für stichhaltig.

Pflegexpertin Martina Sitte befürchtet keine Unterversorgung. Die Richtlinien seien kein Kürzungskatalog. Den Krankenkassen dürfe andererseits keine Sparwut vorgeworfen werden, wenn sie wissen wollten, wofür sie die Beitragseinnahmen einsetzen. So sollten Verordnungen häuslicher Pflege medizinisch begründbar sein. Die Vorgaben zu Dauer und Häufigkeit von Maßnahmen basierten auf aktuellem medizinischen Wissen. Bei der intravenösen Gabe von Medikamenten handele es sich um eine originäre ärztliche Tätigkeit. Nur im Einzelfall könne sie delegiert werden.

Politik aktuell